

Die italienischen Renten in Gefahr? – Eine kritische Betrachtung

Lösungen sind nicht Leistungskürzungen und Zusatzrenten, sondern eine Wertschöpfungsabgabe

von Walther Andreus, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Verbraucherschutzvereins Robin

Alle Jahre wieder: In der öffentlichen Debatte gibt es ein Thema, das - fast so verlässlich wie Weihnachten - immer wieder auf den Tisch kommt: der demografische Wandel und die angeblich daraus folgenden Konsequenzen für die Organisation der Altersvorsorge. Und dabei wird gerne der Eindruck erweckt, es müsse ein Kapitalstock aufgebaut werden, um die Rentenzahlungen sichern zu können. Doch wie kann das Rentensystem stabil gehalten werden, ohne die soziale Sicherheit der Bürger zu gefährden? Die Diskussion dreht sich meistens um demografische Veränderungen und den Ausbau der Zusatzrenten. Doch sind diese Ansätze wirklich die richtigen? Diese Betrachtung beleuchtet die strukturellen Probleme, sozialen Dimensionen und potentiellen Reformansätze des italienischen Rentensystems – stellt dabei infrage, ob die bisherigen Antworten tatsächlich zielführend sind.

Teil 1: Die strukturellen Herausforderungen des italienischen Rentensystems

Das umlagefinanzierte Rentensystem: Eine Grundlage in der Krise?

Das italienische Rentensystem basiert auf dem Prinzip der Umlagefinanzierung, bei dem aktive Arbeitnehmer durch ihre Beiträge die Renten der aktuellen Generation finanzieren. Dieses als *Assicurazione Generale Obbligatoria (AGO)* bekannte System gilt als eines der umfassendsten in Europa und sichert Rentner und Arbeitnehmer besser ab als in vielen anderen Ländern, einschließlich Deutschland. Seit über 50 Jahren zahlen italienische Arbeitnehmer und Arbeitgeber 33 % des Bruttolohns in das System ein – eine beeindruckende Zahl im Vergleich zu den 18,6 % in Deutschland. Der größte Fonds dieses Systems ist der *Fondo Pensione Lavoratori Dipendenti*, bei dem die meisten privat Bediensteten eingeschrieben sind (fast 20 von 25 Millionen der beim INPS/NISF Versicherten). Beim INPS/NISF sind 95% aller regulär Beschäftigten eingeschrieben, davon 3,6 Millionen öffentlich Bedienstete. Ein alternatives Modell ist das Kapitalisierungssystem (*sistema a capitalizzazione*), bei dem individuelle Beiträge am Kapitalmarkt angelegt werden und die zukünftige Rente von deren Rendite abhängt.

Reformen und ihre Tücken

Die Berechnung der Rente in Italien hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert und bleibt trotzdem ein starkes System. Zunächst dominierte das lohnbezogene Modell (*retributivo*), bei dem die Rentenhöhe stark vom letzten Einkommen abhing. Seit den 1990er-Jahren wurde dieses Modell schrittweise durch ein beitragsbezogenes System (*contributivo*) ersetzt, das auf den gesamten während des Arbeitslebens geleisteten Beiträgen basiert.

Diese Umstellung wurde damit begründet, dass das traditionelle Modell auf langfristig steigende Einkommen und eine wachsende Erwerbsbevölkerung ausgelegt war. Mit dem demografischen Wandel – insbesondere einer alternden Bevölkerung und niedrigen Geburtenraten – stoße das umlagefinanzierte System zunehmend an seine Grenzen. Im Gegensatz zur allgemeinen Meinung ist die demografische Entwicklung nicht die entscheidende Ursache für Finanznöte und Stabilität der Sozialversicherung im Allgemeinen und der Rentenversicherung im Besonderen. Ein größeres

Problem liegt in der einseitigen Finanzierung: Neben Zuschüssen aus dem Staatshaushalt (für Fürsorgeleistungen, oder einen Teil davon) erfolgt sie über Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die auf die Bruttoentlohnungen berechnet werden. Durch Lohnflaute, Niedriglohnssektor, technologische Entwicklung nimmt der Lohnanteil an der Wertschöpfung in den Betrieben ab. Und die Arbeitslosigkeit spielt auch eine Rolle. Die mit dem Lohn zusammenhängenden Sozialbeiträge sind die Finanzbasis für die Sozialversicherungen. Nehmen diese ab, so müssen die Beiträge steigen oder die Leistungen gekürzt werden: zum Beispiel späterer Renteneintritt oder geringere Renten.

Die Entwicklung des Rentensystems

Die Reformen der letzten Jahrzehnte hatten einen reaktiven Charakter. Die Amato-Reform von 1992 hob das Renteneintrittsalter an und beschränkte die automatische Anpassung der Renten an die Inflation. Die Dini-Reform von 1995 führte das beitragsbezogene Modell ein, das langfristig zu einer deutlichen Reduktion der Renten im Verhältnis zum letzten Einkommen führte. Es folgten weitere Maßnahmen, wie die Reorganisation der Rentenarten und einhergehend des Renteneintrittsalters aufgrund des Beitragsalters (Fornero-Reform) und die Einführung von Anreizen zur privaten Vorsorge.

Eine wichtige Neuerung war die Möglichkeit, Zusatzrentenfonds oder individuelle Rentenpläne (*Piani Individuali Pensionistici, PIP*) zu nutzen. Obwohl diese Optionen steuerlich begünstigt werden, bleibt ihre Nutzung aufgrund von Unsicherheiten über die Rendite und hohe Gebühren begrenzt. Wer genau beobachtet, kann angesichts der beträchtlichen, offenen und versteckten Kosten der verwalteten Geldanlage nur zum Schluss kommen, dass sie vor allem den Interessen der Finanzindustrie dienen. Die Einführung von kapitalmarktorientierten Produkten erhöht die Abhängigkeit der Altersvorsorge von den Schwankungen der Finanzmärkte. Diese Entwicklung wird von vielen als problematisch angesehen, da sie die soziale Ungleichheit verstärken könnte.

Wie ist der Zustand des INPS ? – Jahresbericht 2023

Der aktuelle INPS-Bericht (2023) beschreibt das italienische Rentensystem als finanziell stabil, verweist jedoch auf zukünftige Risiken, die durch eine sinkende Geburtenrate und eine alternde Bevölkerung entstehen könnten. Präsident Fava betont, dass die Balance des Systems nur vorübergehend sei. Eine längere Lebenserwartung und weniger Beitragszahler könnten zu Defiziten führen.

Diese Analyse durch Präsident Fava greift jedoch zu kurz. Der Rückgang der Geburtenrate wird oft überbetont, während andere strukturelle Probleme, wie prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne, vernachlässigt werden. Tatsächlich stellt das Mackenroth-Theorem klar, dass Renten nicht aus der Vergangenheit (Kapitalmärkte) oder der Zukunft (Geburtenrate), sondern aus der aktuellen Wirtschaftsleistung finanziert werden. Eine Verbesserung der Produktivität und der Erwerbsquote wären entscheidender als ein reines Fokussieren auf demografische Entwicklungen.

Das Mackenroth-Theorem: Eine oft vergessene Wahrheit

Das 1952 von Gerhard Mackenroth formulierte Theorem stellt eine zentrale Wahrheit der Altersvorsorge dar: Sozialausgaben können nur aus dem aktuellen Volkseinkommen finanziert werden. Private Vorsorge, wie sie oft beworben wird, löst dieses Grundproblem nicht. Renditen am Kapitalmarkt können Krisen unterliegen und sind somit kein sicherer Ersatz für eine solidarische Rentenfinanzierung.

Die Hoffnung, dass Kapitalmärkte langfristig immer Gewinne erzielen, ist eine gefährliche Schimäre. Wie die Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte zeigen, sind diese Märkte volatil. Zudem profitieren vor allem diejenigen, die bereits über signifikantes Kapital verfügen, während einkommensschwache Gruppen oft außen vor bleiben.

Wertschöpfungsabgabe als Schlüssel

Bereits 1989 legte der damalige österreichische Sozialminister Alfred Dallinger einen Gesetzentwurf vor, der eine „breitere Beitragsgrundlage“ für die Sozialversicherung vorsah. Dies aus zwei Gründen, die heute noch aktuell sind. Die Wertschöpfung durch Technik wächst schneller als die Lohnsumme der Beschäftigten und Betriebe mit vielen Beschäftigten und geringerer Wertschöpfung tragen die Sozialversicherung. Kapitalintensive Betriebe, die mit wenig Beschäftigten viel erwirtschaften, tragen weniger bei und haben dadurch große Vorteile. Mit der Wertschöpfungsabgabe wollte Dallinger die Arbeitnehmerbeiträge gleich belassen, den Arbeitgeberanteil auch in der Höhe unverändert lassen, ihn jedoch neben der Lohnsumme auch auf Gewinne, Mieten, Zinsen und Abschreibungen von Betriebsanlagen ausdehnen. Die Lobbyisten liefen Sturm dagegen, doch bei einem Hearing zeigte sich, dass viele arbeitsintensive, mittelständische Betriebe, die Tourismusbranche sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe die Veränderung durchaus begrüßten. Dallinger kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben und das Konzept wurde verworfen. Doch ist dieser Lösungsansatz allemal kreativer und für die heutige Dienstleistungsgesellschaft angebrachter als die ständige Forderung nach Einschnitten bei den Rentenleistungen.

Teil 2: Die sozialen Dimensionen der Rentenfrage

Das Problem der prekären Beschäftigung in Italien

Eine der größten Herausforderungen für das Rentensystem in Italien ist die wachsende prekäre Beschäftigung. Junge Menschen sind besonders betroffen: Viele arbeiten in befristeten oder schlecht bezahlten Jobs, die nur geringe Rentenansprüche generieren. Laut INPS-Jahresbericht verdienen etwa 30 % der Arbeitnehmer in Italien weniger als 10.000 Euro pro Jahr – eine erschreckend niedrige Basis für zukünftige Rentenansprüche.

Prekäre Beschäftigung betrifft Frauen und Migranten überproportional. Dies führt nicht nur zu Ungleichheiten im Arbeitsleben, sondern manifestiert sich auch in der Altersarmut. Ohne gezielte Maßnahmen, wie die Schaffung stabiler Arbeitsplätze und eine faire Entlohnung, wird sich diese Problematik verschärfen.

Der Mythos der Demografie

Der Generationenvertrag wird oft mit dem Argument der alternden Gesellschaft infrage gestellt. Kritiker sprechen von einem "Demografie-Schwindel", der von der Politik und Finanzlobby instrumentalisiert wird, um private Vorsorgeprodukte zu fördern. Die realen Probleme – stagnierende Löhne, Arbeitslosigkeit und ein Mangel an sozialer Gerechtigkeit – bleiben dabei außen vor.

Die Verlängerung des Arbeitslebens oder die Förderung privater Vorsorge mag kurzfristige Entlastung bringen, greift aber langfristig zu kurz. Eine produktivitätsorientierte Wirtschaftspolitik und Investitionen in Bildung und Infrastruktur wären nachhaltigere Lösungen.

Ausblick: Reformansätze für ein gerechteres Rentensystem

Ein stärkerer Fokus auf soziale Gerechtigkeit ist ein Schlüssel zur Stabilisierung des Rentensystems. Dazu gehört die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse und eine stärkere Umverteilung. Zusatzrenten und private Vorsorge können eine Ergänzung sein, sollte jedoch niemals die gesetzliche Rente ersetzen.

Ein gerechtes Rentensystem muss den Bedürfnissen aller Generationen gerecht werden. Solidarität, wirtschaftliche Stabilität und soziale Inklusion sollten im Mittelpunkt stehen – nicht die Profite der Finanzindustrie.

Solidarität statt Privilegien

Wegen der Komplexität des Systems kann es heutzutage immer noch schwierig sein, zu ermitteln, bei welchem Fonds, bei welcher Kategorie man pflichtversichert ist. Nach den vielen Reformen ist der Prozess der Homogenisierung und Neuordnung des Rentenwesens weit fortgeschritten. Die Regeln für den Erwerb eines Rentenanspruchs sind angeglichen worden, doch noch fairer wäre es, wenn alle in einen großen Rententopf einzahlen, auch die Selbstständigen, Freiberufler, Bauern usw., und die Politiker. Denn angesichts der Sorgen und Nöte ist es heuchlerisch, wenn Privilegien bestehen und verteidigt werden.

Schlussgedanken

Wie alle großen Systeme steht auch das italienische Rentensystem vor großen Herausforderungen, aber die sich wiederholende Antwort der Politik mit Leistungskürzungen und Zusatzrenten zu reagieren ist kurzsichtig. Wir haben nur das Glück, dass bei der Altersvorsorge das derzeitige Umlagesystem nicht leicht durch ein Kapitaldeckungssystem zu ersetzen ist. Denn Beiträge zum alten System zu zahlen (damit die derzeitigen Renten bezahlt werden können) und gleichzeitig auch nennenswerte Beiträge zu einem Kapitaldeckungssystem zu zahlen (als Ansparung für die zukünftige Rente) ist wirtschaftlich kaum verkraftbar. Sonst würden die Finanzmarktlobbyisten und ihre Helfer schon längst das Begräbnis des derzeitigen Rentensystems vorbereitet haben, denn bei den Sozialkassen des INPS geht es um gewaltige Summen (Einnahmen 2023 insgesamt 524 Milliarden Euro, zum Vergleich sind für 2024 Staatseinnahmen von insgesamt 687 Milliarden Euro vorgesehen). Es gilt jedoch auch aufzupassen: Die Sicherheit der derzeitigen Altersvorsorge ist auch gefährdet, wenn versicherungsfremde Leistungen über das System abgewickelt werden. Versicherungsfremd ist zum Beispiel die Berücksichtigung von Zeiten, für die keine Beiträge gezahlt worden sind, Beitragserleichterungen, Beitragsvergünstigungen, ebenso die Gewährung höherer Leistungen, als es aufgrund der gezahlten Beiträge gerechtfertigt wäre (z.B. Frührenten). Das sind alles Aufgaben für die Sozialpolitik. Daher gilt es, die Vorsorge von der Fürsorge strikt zu trennen – nur so kann die Altersvorsorge in Italien langfristig gesichert werden.

Margreid, 05-12-2024